

UNO: BRD diskriminiert BDS-Aktivisten

Resolution des Bundestags schränke politische Meinungsfreiheit ein

Das Büro der UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet hat eine deutsche Resolution gegen die Bewegung BDS kritisiert. Die Abkürzung BDS steht für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen. Desinvestitionen bedeutet Rücknahme von Investitionen. Der Bundestag hatte die »Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung« am 17. Mai dieses Jahres als antisemitisch bezeichnet. In einem Antrag hatte die Mehrheit der Abgeordneten gefordert, dass die BDS und ihre Unterstützer kein Geld mehr von der Bundesregierung erhalten sollten. Auch der Verfassungsschutz wurde auf die Bewegung angesetzt.

BDS fordert unter anderem die Beendigung der israelischen Besetzung des Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ostjerusalems, die Israel 1967 annektiert hatte, und ruft dazu auf, keine israelischen Waren aus den besetzten Gebieten zu kaufen. »Der Beschluss greift unverhältnismäßig in das Recht der Menschen auf politische Meinungsäußerung in Deutschland ein, nämlich Unterstützung für die BDS-Bewegung zum Ausdruck zu bringen«, heißt es in einem von fünf Sonderberichterstattem unterzeichneten Brief des Hochkommissariats vom 18. Oktober an Außenminister Heiko Maas (SPD), berichtete der Spiegel am Sonnabend.

Die UNO-Vertreter fragen auch nach einer Passage, die vor allem Grüne und SPD gern in die Resolution aufgenommen hätten. Der Passus sprach Kritik an israelischer Politik ausdrücklich vom Vorwurf des Antisemitismus frei. »Der kritische Umgang mit israelischer Regierungspolitik ist von Meinungs-, Presse- und Äußerungsfreiheit geschützt«, hieß es in der Passage – die allerdings nicht in die Resolution aufgenommen worden war.

Die Bundesregierung solle innerhalb von 60 Tagen erklären, welche rechtlichen Auswirkungen der Bundestagsbeschluss habe und wie er sich mit den Verpflichtungen Deutschlands zum Schutz der internationalen Menschenrechte vertrage. Zudem solle die Regierung erklären, wie sie sicherstelle, dass BDS-Aktivisten Menschenrechtsverletzungen »ohne unzulässige Einschränkungen« benennen können. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/365550.israelische-besatzung-uno-brd-diskriminiert-bds-aktivisten.html>